



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 21831 - 33
Fernschreiber 0686890

P/XV/79 - 4. April 1960

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite:</u>		<u>Zeilen:</u>
1 - 1a	<u>Reise-Bilanzen</u> Deutsche Position - sechs Wochen vor dem Gipfel	80
2 - 3	<u>Das gesplittene Korea</u> Entscheidende Veränderungen nach dem Bürgerkrieg	73
4 - 5	<u>In Erinnerung an Benedikt Kautsky</u> Sein Tod ist ein großer Verlust für den freiheitlichen Sozialismus Von Ernest Thape	65
6	<u>Unnütze Aufregung</u> Bergarbeiterjugend, Strauss und der Wahrbeitrag Von Hans Vandenberg	53
7	<u>Gesundheitsbedrohungen im Industriezeitalter</u> Eine der gefährlichsten Krankheiten: das Auto	50

* * *

* *

Reise - Bilanzen

sp - Wohl niemand hätte es vorauszusagen gewagt, die Sowjetunion werde die moralische Isolierung, in die sie durch den niedergeschlagenen Aufstand in Ungarn geraten war, nach drei Jahren wieder überwunden haben. Das Gewicht der Sowjetunion ist seitdem auf internationalem Gebiete - und nicht nur wegen der Entwicklung der interkontinentalen Raketen - beträchtlich gestiegen, sie hat mächtig an verlorenem Terrain aufgeholt, sie befindet sich seit der ersten Reise des britischen Premierministers Macmillan nach Moskau in einem dauernden Diskurs mit den Westmächten. Die Besuche Chruschtschows in den Vereinigten Staaten und zuletzt nach Frankreich, verbunden mit Gegeneinladungen, bereiteten psychologisch und politisch den Boden für jene Gipfelkonferenz vor, die in wenigen Wochen in Paris stattfinden wird.

All' dies fällt in das Vorfeld der gegenseitigen Antastungen, des Herausfindens, wie weit man selber gehen kann und wie weit die andere Seite vorzugehen gedenkt. Beide Seiten bleiben - bildlich gesprochen - am Mann, und beide Seiten haben schon jetzt im Vorfeld der Gipfelkonferenz gewisse Zugeständnisse, wenn auch nicht in der Sache, so doch in der Bereitschaft zum Verhandeln, in der Tasche. Der von Bonn vielgelästerte Geist von Camp David erwies sich dauerhafter, als viele es wahrhaben wollten. Die Vereinigten Staaten werden gemäß ihrer von Eisenhower gegebenen Zusage über Berlin verhandeln, was sicherlich nicht die Aufgabe ihrer Rechte und der Freiheit der Westberliner Bevölkerung bedeuten wird. Auch auf dem Gebiete der Abrüstung zeichnen sich zum ersten Male seit vielen Jahren hoffnungsvollere Aussichten ab. Die amerikanische, wenn auch befristete Zustimmung zur Einstellung der bisher umstrittenen unterirdischen nuklearen Testexplosionen öffnet den Weg für weitere Fortschritte, wobei man nolens volens auf die französische Mitwirkung für ein Arrangement in Fragen der Atomwaffen nicht verzichten wird können.

Die Sowjetunion hat mit allen ihr gemäßen Mitteln der Propaganda und der Diplomatie den Boden für das künftige große Gespräch aufgelockert. Auch in Frankreich. Zu den nächsten Gästen im Kremi wird neben dem amerikanischen Staatspräsidenten auch der französische Staatschef de Gaulle zählen - eine eindrucksvolle Bestätigung der Rolle Frankreichs, wie sie die Sowjetunion auffaßt. Niemand weiß, mit welch' be-

stimmenden Eindrücken der mächtige Herr des Kremel aus Frankreich zurückgekehrt ist, aber gewiß scheint doch zu sein, daß Moskau sich nicht der Hoffnung hingibt, Frankreich werde in der Berlin-Frage weicher oder härter sein als die anderen Westmächte, wohl aber Konzessionen von ihm in anderer Hinsicht zu erwarten sind.

Wie nimmt sich dagegen vor diesem europäischen und weltpolitischen Hintergrund die Stellung der Bundesrepublik aus? Sind die politischen Grundlagen für die Behandlung der Deutschland-Frage gestärkt oder geschwächt worden? Leider wird man bei einer objektiven Bestandsaufnahme das Letztere bejahen müssen.

Welche Gründe trugen zu einer Schwächung bei? Da sind zunächst die im Anschluß an die Kölner Synagogenschändung erfolgten antisemitischen Südeleien; sie haben im Ausland eine Reaktion hervorgerufen, die bis zu antideutschen Exzessen ging. Das spanische Abenteuer brachte uns im Westen, vom Osten völlig abgesehen, keine Sympathien ein. Diese Torheit wilhelminischen Ausmaßes riß mit einem Schlage neue Ängste und Befürchtungen auf, auch bei jenen, die zu unseren Freunden zählen. Dieser nun abgebrochene Husarenritt des Herrn Strauß gehört zu den unerwarteten Pluspunkten im Schoße der sowjetrussischen Diplomatie. Herr Chruschtschow wußte ihn in Frankreich wohl zu benutzen. Die offizielle Bonner Politik hat es leider nicht verstanden, dieses Minus durch Aktionen, Vorstöße und Initiativen auf anderen Gebieten wieder wettzumachen.

Man soll sich hier nicht täuschen. Adenauers "Kleine Weltreise" in die Vereinigten Staaten und nach Japan, von seinen Getreuen gefeiert, blieb die weitreichende Wirkung im Sinne einer Stärkung der deutschen Position versagt. In allen seinen Reden, und es waren deren viele, klang auch nicht ein Schimmer durch, was viele erwarteten und erhofften, welchen deutschen Beitrag er zur Entspannung bei den kommenden Auseinandersetzungen in die Diskussion zu werfen gedenkt. Er fuhr nach den Vereinigten Staaten aus kaum verborgenem Mißtrauen, er glaubte, die USA wieder auf Vordermann bringen zu müssen. Seine Treppeneinfälle wurden mit Kopfschütteln zur Kenntnis genommen, um es nicht unhöflicher zu sagen. In der Abrüstungsfrage nahm er - wie eh und je - die gleiche unrealistische Haltung ein. Seine These in Tokio war, in Paris die Sowjets vor die Alternative zu stellen, entweder den drei Jahre alten Plan des amerikanischen Präsidenten für eine begrenzte Luftinspektion in der Arktis anzunehmen oder die Gespräche abzubrechen und weiter zu rüsten. Er hat nicht gemerkt, daß die USA in ihrem Abrüstungskonzept bereits ganz andere Prioritäten haben und nicht daran denken, die Sowjets in Paris vor eine solche Alternative zu stellen.

Die letzten Monate haben viele offizielle Bonner Illusionen begraben; nun laufen wir Gefahr, daß Entscheidungen auf der Gipfelkonferenz gefällt werden, die über unseren Kopf hinweggehen. Die Hoffnung auf ein Scheitern der Gipfelkonferenz ist wohl die dümmste Art von Politik, hinter der man sich zurückziehen kann, wie es einige erhoffen.

+ + +

Das gespaltene Korea

W.R. Es ist still geworden um Korea. Aber man täusche sich nicht; mit dem Waffenstillstand vom Juli 1953 und der nun bald historisch gewordenen Grenze zwischen Sü- und Nordkorea vollziehen sich jenseits des 36. Breitengrades soziale und ökonomische Strukturänderungen, deren Auswirkungen noch nicht abzusehen sind.

Nicht nur der Osten hat seine Taus, die es zu beachten gilt, auch der Westen versteckt sich hinter Halb- und Unwahrheiten. So nennt man die von den Kommunisten beherrschte Hälfte des Landes eine Diktatur, während der Süden unter dem Regime Li Syngman Rhee als Demokratie firmiert wird. Über Demokratie haben aber die Herrschenden Südkoreas ebenso ihre eigenen Ansichten, wie die Kommunisten im Norden des Landes.

Nach dem Zusammenbruch des japanischen Imperialismus befand sich die Wirtschaft Koreas in einer schwierigen Lage. Die wirtschaftliche Expansion Japans hatte eine völlig einseitige Wirtschaftsstruktur hinterlassen. Vor allem waren der Bergbau und die Verhüttungsindustrie ausgebaut. Alle größeren Betriebe des Landes hatten für die Kriegsindustrie gearbeitet. Die 1.000 Großbetriebe waren so einseitig orientiert, daß ein reibungsloser Übergang zur Friedensindustrie nicht möglich war. Bodenschätze, die vor allem im Norden des Landes lagern, bedingten Strukturveränderungen im Nordteil des Landes. Nach dem blutigen Bürgerkrieg von 1948 bis 1953 standen die Kommunisten vor der schwierigen Aufgabe, die führerlos gewordenen japanisch verwalteten Betriebe in eigener Regie weiterzuführen. Japan hatte es bewußt unterlassen, eine koreanische Intelligenzschicht zu schaffen. So mußten in kurzer Zeit erst Fachleute herangeschult werden. Die Sozialisierung der Betriebe vergrößerte noch die Schwierigkeiten.

Auf dem landwirtschaftlichen Sektor verfuhr der Norden nach bekannten Schema. Heute ist praktisch aller Landbesitz "genossenschaftlich" bewirtschaftet. Bei dem auf- und Ausbau der Schwerindustrie, der Leicht- und Konsumgüterindustrie verfuhr der Norden nach einem Zweiphasenplan. In der ersten Phase wurde die "Disproportionalität" der Industrie "ausgeglichen", während in der jetztlaufenden zweiten Phase die "Rekonstruktion und der weitere Ausbau der Industrie" angestrebt wird.

Auch in der ersten Phase wurde der Aufbau nach der allgemeingültigen Formel "Kurs auf die vorrangige Entwicklung der Schwerindustrie" durchgeführt. Das ging auch innerhalb der kommunistischen Partei nicht reibungslos über die Bühne, da ein Teil vor allem die Leicht- und Konsumgüterindustrie forcieren wollte. Trotz der Forcierung der Schwerindustrie wurde in bescheidenen Rahmen die Leicht- und Konsumgüterindustrie entwickelt. Der Anteil des Maschinenbaues betrug 1944 an der industriellen Bruttoproduktion etwa 1,6 Prozent, während er bis 1959 auf ca. 21 Prozent anstieg. Die Disproportionen im Bergbau wurden relativ verändert. Wird die Kennzahl 1944 mit 100 angenommen, so war der Stand der Verhüttungsindustrie dazu 85 im gleichen Jahr. Bis zum Jahr 1959 stieg die Kennzahl von 85 auf 242 an.

Der Ausbau der Textilindustrie stieg von 6 Prozent des Brutto- produktes auf 17 Prozent. Vor 1945 wurden pro Kopf der Bevölkerung nur etwa 0,1 m Stoffe im Lande erzeugt, während 1959 bereits 16 m erzeugt wurden. Umstellungen auf Kunstfasern bedingen den Aufbau einer neuen Chemieindustrie. Nach Ablauf der ersten Etappe, die etwa 1957 zu Ende ging, wurden neue Pläne für die "Rekonstruktion" entworfen. Anfeuernd soll als Gegenstück zum "Großen Sprung" des chinesischen Nachbarn, die "Chilluma-Bewegung" (geflügeltes Pferd) dienen. Als Ziel ist gesetzt, den Werkzeugmaschinenbau, der jetzt jährlich etwa 3.000 Maschinen herstellt, wesentlich zu erweitern. Die Stahlerzeugung soll auf ca. 3,5 Millionen to, die Roheisenerzeugung auf ca 4 Millionen to gebracht werden. Besondere Aufmerksamkeit wird der Elektrifizierung des Landes geschenkt. Das chinesische Beispiel der Improvisationen und Kleinwerke dient offensichtlich als Vorlage. In den ersten drei Jahren des ersten Fünfjahresplanes betrug der Anteil der Investmittel für die Industrie 53,4 Prozent. Davon erhielt die Schwerindustrie 83,3 Prozent.

Gewiß, Nordkorea ist kein großes Land, die etwa 15 Millionen Einwohner fallen in der Welt nicht allzusehr ins Gewicht, und seine Industrie braucht noch eine Reihe Jahre, ehe ein dem Land angemessener Stand erreicht ist. Nordkorea sucht aber nicht allein, es kann der Hilfe seiner mächtigen Nachbarn, der UdSSR und Chinas, gewiß sein. Die Zielstrebigkeit der Kommunisten, das Land industriell zu entwickeln, kann aber als Beispiel für andere asiatische Völker dienen, wie "brüderliche Hilfe" zu Erfolgen führt. Damit kommt aber eine allmähliche politische Gewichtsverlagerung im asiatischen Raum zustande, die den Westen noch vor schwierige Probleme stellen wird. + + + - 4 -

In Erinnerung an Benedikt Kautsky

Von Ernst Thape

Wie groß die Lücke ist, die der plötzliche Tod von Benedikt Kautsky gerissen hat, wird erst in einiger Zeit bewußt werden, wenn die Forschung nach den großen Zusammenhängen zwischen europäischer Industrialisierung und Sozialistischer Internationale aus der Materialsammlung heraus ist, und wenn sie entdeckt, daß in den beiden Kautskys, in Karl Kautsky und seinem Sohn Benedikt, fast hundert Jahre Entwicklung politischer Wissenschaft personifiziert wurden. Als ich Benedikt Kautsky mahnte, er möge bald den Kommentar zum Parteiprogramm in Angriff nehmen, antwortete er mir vor wenigen Tagen in seinem letzten Brief, der Aufsatz in der 'Neuen Gesellschaft' "Zur Programmatik des Sozialismus in der Gegenwart" stelle eine Abschlagszahlung auf sein Buch dar, zu dessen Abfassung er leider immer noch nicht gekommen sei. Nun müssen wir uns mit dieser "Abschlagszahlung" begnügen. Nun wird der Kommentar zum österreichischen Programm der Sozialdemokraten, der zugleich auch ein wesentlicher Kommentar für das Programm der deutschen Sozialdemokraten gewesen wäre, nicht mehr geschrieben.

Das Leben von Benedikt Kautsky beschreiben, bedeutet, die Geschichte der letzten 65 Jahre Deutschlands und Österreichs beschreiben. Denn vom ersten Atemzug an lebte Benedikt Kautsky in politischer Luft. Sein Vater, Karl Kautsky, war mit seiner Zeitschrift "Die Neue Gesellschaft" der grosse und allgemein verehrte politische Lehrer der Sozialistischen Internationale, dessen Schüler sich einmal auch Lenin und Trotzky, Jaurès und Mussolini nannten. Wenn wir uns im KZ Buchenwald über ein politisches Ereignis mit Benedikt Kautsky stritten, schoss gelegentlich der auch so plötzlich verstorbene Hermann Brill: "Gegen dich kann man ja nicht aufkommen. Du hättest ja schon vor 50 Jahren das Recht, Rosa Luxemburg die Zunge zu zeigen." (Denn Rosa Luxemburg war sehr befreundet mit Benedikts Mutter und verkehrte ständig im gastlichen Haus der Kautskys, in dem die Sozialisten aus ganz Europa und aus Übersee ein- und ausgingen).

Ich lernte Benedikt Kautsky kennen in einer überfüllten Judenbaracke des KZ's Buchenwald, als ich Ernst Heilmann suchte, den "roten Preussen", der seiner schrecklichen Erlebnisse wegen schwer zugänglich war und nur noch mit Benedikt Kautsky verkehrte. Kautsky opferte fast jede freie Minute, um mit Heilmann Schach zu spielen. Heilmann wurde 1940 ermordet. Benedikt Kautsky machte bis 1945 nie den Versuch, aus der Judenbaracke, in der das Leben noch schwieriger war, als in den anderen Baracken, herauszukommen, obwohl ihm das möglich gewesen wäre. Erst in Auschwitz, als er 1945 vor der Vergasung stand, berief er sich darauf, dass er kein Jude sei und wurde dann wieder nach Buchenwald zurückgebracht.

Als ich Benedikt Kautsky im vorigen Jahr in Wien besuchte, führte er mich vor ein grosses, ausgezeichnetes Porträt Karl Kautskys, freute sich an meiner Überraschung und sagte: "Als ich dieses Bild entdeckte, war ich noch froh, dass ich von dem so vereachteten Geld einigen Vorrat abheben konnte, um es zu kaufen." Er lebte so fest in der Tradition der Sozialdemokratie, dass er oft erst in der Diskussion gewahr wurde, wie der Gesprächspartner ein "zugereister" Sozialdemokrat war, der noch nicht gelernt hatte, auch Marx marxistisch zu interpretieren. Dieser Mann, der von Kindheit an in einem Gelehrtenhaus mit Marx und dem Marxismus umging und der Marx' Schriften besser kannte als irgendjemand auf der Welt, war deshalb so entscheidend für die Kugestaltung des Programms der Sozialdemokraten, weil für ihn der Marxismus nie ein Dogma gewesen war. Das war auch der Grund dafür, dass er in Sowjetrussland über Benedikt Kautsky und gegen ihn viel mehr redete und schrieb als bei uns.

Benedikt Kautsky wollte noch viel schreiben. Er hatte die Zuversicht, daß er, wie seine Eltern, alt werden würde. Nun ging er, eben erst 65 Jahre alt, dahin. Wenn einer Grund gehabt hätte, sein Leben zu beschreiben, dann war er es. Denn sein Leben war exemplarisch wie kein anderes sonst in dieser verworrenen Zeit des Umbruchs.

Unnütze Aufregung

Von Hans Vandenberg

Es waren genau 120 junge Bergarbeiter - ihr Durchschnittsalter lag bei ganzen 25 Jahren -, die als ordentlich gewählte Delegierte des 5. Gewerkschaftsjugendtages der IG Bergbau in Bonner Regierungskreisen einige Aufregung verursachten. Während sich nämlich dieser Funktionärsnachwuchs der IG Bergbau von seinem 1. Vorsitzenden Heinrich Guter-muth zum Abschluß des Jugendtages noch ausdrücklich bescheinigen ließ, daß er in der Diskussion und mit den Beschlüssen "hervorragende Leistungen" vollbracht hätte (Guter-muth: "Wir können uns auf diese Bergarbeiterjugend verlassen"), war man im Bonner Verteidigungsministerium eben gerade über die Beschlüsse "befremdet".

Besonders angsten hatte es der Pressestelle in der Ermkeilkaserne der Beschluss der Bergarbeiterjugend, den Wehrbeitrag nach wie vor abzulehnen. Franz-Josef Strauss' Presseoffiziere ließen dann auch die bundesdeutsche Öffentlichkeit wissen, daß das Verteidigungsministerium bei dem DGB-Vorsitzenden Willi Richter nachfragen wolle, ob die Auffassung des 5. Gewerkschaftsjugendtages der IG Bergbau auch die des DGB sei. Sich aber solcherart von den Bonner Nato-Strategen gegen den DGB ausspielen zu lassen, lag nicht in der Absicht und dem Willen der IG Bergbau. In einer Presseerklärung stellte sie deshalb hochoffiziell und schnell fest, "dass die Stellungnahme der Gewerkschaftsjugend absolut mit den Grundsatzbeschlüssen des Deutschen Gewerkschaftsbundes übereinstimmt". In der Tat hatten die zersetzten Meinungsmacher aus dem Strauss-Ministerium übersehen, daß die Bergbaujugend-Delegierten sich exakt an den vom DGB-Kongress 1950 in Stuttgart angenommenen Antrag gehalten hatten, wonach "die deutsche Wiederaufrüstung die Konflikte zwischen den grossen Machtblöcken verstärkt, die deutsche Spaltung vertieft und nicht geeignet ist, die Sicherheit der Bundesrepublik zu erhöhen." Der 5. Gewerkschaftsjugendtag der IG Bergbau selbst lehnte den Wehrbeitrag der Bundesrepublik mit der Feststellung ab: "Wir haben auch heute kein vereinigtes Deutschland, das einem Bündnissystem irgendwelcher Art angegliedert werden könnte." Perfekter konnte eigentlich die Identität der beiden Gewerkschaftsbeschlüsse nicht sein; perfekter aber auch nicht der Reifall des Bundesverteidigungsministeriums.

Die Strauss-Jünger, deren demokratische Grundhaltung von den Bergbau-Jugendfunktionären in ihrer Diskussion schon mit einem leichten Fragezeichen versehen worden war, bestätigten überdies das junggewerkschaftliche Misstrauen, in dem sie nämlich in altgewohnter militärischer Überheblichkeit sofort intervenierten, als der 5. Gewerkschaftsjugendtag den Wehrbeitrag aus grundsätzlichen Erwägungen ablehnte. Anscheinend ist eine andere Meinung als die der Militärs nicht mehr zulässig. Dagegen demonstrierten die Jungdemokraten der Bergbaugewerkschaft eine saubere demokratische Gesinnung, in dem sie zunächst einmal genau zwischen dem Politikum des Wehrbeitrages an sich und der Bundeswehr als staatliche Einrichtung unterschieden, um dann zu sagen: "Eine gesetzlich geschaffene Tatsache muss unsere Anerkennung finden, wobei sich diese Anerkennung speziell auf die Menschen bezieht". Nur so dürfte es auch zu erklären sein, dass die Bergarbeiterjugend bei aller Ablehnung des Wehrbeitrages Kontakte zur Bundeswehr bezieht, um die Jungen Arbeitnehmer, die "sich dem staatlichen Zwang der Wehrpflicht fügten", nicht allein zu lassen. Von einer solchen Haltung sollte man in Bonn schon allein um der Demokratie willen begeistert und nicht befremdet sein.

